

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen
vom 15. August 2023
– Drucksache 17/5284**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens
2021 bis 2027
COM(2023) 336 final (BR 297/23)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 15. August 2023 – Drucksache 17/5284 – Kenntnis zu nehmen.

27.9.2023

Der Berichterstatter:

Michael Joukov

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 17/5284, in seiner 24. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 27. September 2023. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Finanzen mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Abg. Sarah Schweizer CDU brachte vor, die hier vorgesehene Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens um 66 Milliarden € sei durchaus kritisch zu sehen. Der Mehrjährige Finanzrahmen werde ja gerade erstellt, damit nicht jährlich aufgestockt werden müsse. Insbesondere sehe sie den Vorschlag zur Einführung neuer Eigenmittel kritisch. Das Eigenmittelsystem der Europäischen Union werde dadurch komplizierter und intransparenter. Ihrer Ansicht nach bilde das Bruttonationaleinkommen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten am besten ab und sollte deshalb auch die maßgebliche Einnahmequelle bleiben.

Abg. Michael Joukov GRÜNE legte dar, bei der Ausschussreise nach Brüssel sei die Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens in Gesprächen bereits thematisiert worden. Die Ausschussmitglieder hätten sich davon überzeugen können, dass die Mittel dringend benötigt würden. Er würde es auch vorziehen, wenn stärker Eigenmittel in Form von Zöllen herangezogen würden. Dies gelte insbesondere mit Blick auf PV-Module und Vergleichbares. In diesen Bereichen sei es aufgrund mangelnden Zollschatzes zu einer Abwanderung aus Europa gekommen. Doch sei in Brüssel zu vernehmen gewesen, dass das wegen der großen Unterschiede in den verschiedenen Ländern wenig realistisch sei. Der jetzt vorliegende Kommissionsvorschlag sei abstrakt sicher nicht die beste Lösung. Da gebe er seiner Vorrednerin völlig recht. Doch sei er angesichts der gegebenen Lage noch die beste Lösung.

Abg. Nicolas Fink SPD wies darauf hin, als der Mehrjährige Finanzrahmen erstellt worden sei, habe niemand ahnen können, dass Russland die Ukraine überfalle oder es in Europa zu Lieferkettenproblemen komme. Es gehe mittlerweile um etwas ganz anderes. Das habe die Brüsselreise auch sehr deutlich gezeigt. Deutschland könne nicht auf der einen Seite von dem, was auf europäischer Ebene passiere, profitieren wollen und auf der anderen Seite sagen, dass der Rahmen dafür gar nicht gewährleistet werden könne. Das eine hänge mit dem anderen zusammen. Deshalb sei der Weg, der hier beschritten werde, gut und richtig. Am Ende sollte es nur so funktionieren, dass auch Baden-Württemberg davon profitiere.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP schloss sich den Ausführungen ihrer Kollegin aus der CDU an und bekräftigte, zwar seien Kostensteigerungen insbesondere auch im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine nachvollziehbar, doch halte sie das Heranziehen von neuen Eigenmitteln für problematisch. Ihres Erachtens sollte dann auch über Abstriche bei Programmen nachgedacht werden. Geld sei nun mal nicht unendlich vorhanden. Vorsichtiges Agieren sei daher angebracht. Man gewöhne sich leicht daran, mehr Geld zur Verfügung zu haben. Es sei aber schwierig, danach wieder loszulassen. Demnach würden die Forderungen aus Brüssel nach mehr Geld auch immer lauter. Am Schluss gebe es hier vor Ort immer weniger Geld.

Abg. Emil Sänze AfD äußerte, der entscheidende Punkt sei, dass 60 % der EU-Eigenmittel aus Bruttosozialprodukt-Eigenmitteln kämen. Das Bruttosozialprodukt werde in Deutschland wahrscheinlich rückläufig sein, was eine zusätzliche Steigerung der Zahlungen aus Deutschland bedeute. Noch trage Deutschland den EU-Haushalt mit 25 %. Auch sollte bedacht werden, dass die Ukraine schon stark von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werde. Er wisse nicht, ob es Sinn mache, dass immer noch mehr Protagonisten auf dieser Welle surften und am Schluss die Kosten an Deutschland hängen blieben.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, er gehe davon aus, dass die baden-württembergische Landesregierung in dem Thema im Bundesrat sehr sensibel agiere. Letztlich berühre das Ganze irgendwo auch die Länderhaushalte. So könne der Bund beispielsweise, wenn er mehr Mittel Richtung Brüssel abgeben müsse, an anderer Stelle nicht mehr so sehr unterstützen.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/5284 Kenntnis zu nehmen.

5.10.2023

Joukov

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Finanzen
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen
vom 15. August 2023
– Drucksache 17/5284****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027
COM(2023) 336 final (BR 297/23)****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 15. August 2023 – Drucksache 17/5284 – Kenntnis zu nehmen.

21.9.2023

Der Berichterstatter:

Tobias Wald

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/5284 in seiner 32. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 21. September 2023.

Ein Abgeordneter der AfD brachte vor, im Rahmen der von der Europäischen Kommission geplanten Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens sei eine Aufstockung des EU-Haushalts um einen zweistelligen Milliardenbetrag geplant. Ihn interessiere, welche Kosten in diesem Zusammenhang auf das Land zukämen.

Der Minister für Finanzen betonte, angesichts der viel zitierten Zeitenwende sei es wichtig, Europa finanzpolitisch stabil aufzustellen. Daher unterstütze die Landesregierung das angesprochene Vorhaben der EU-Kommission. Unmittelbare Auswirkungen auf den Landeshaushalt seien damit nicht verbunden, weil den erforderlichen Beitrag der Bund leiste.

Ein weiterer Abgeordneter der AfD merkte an, zwar werde das Vorhaben keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben, jedoch seien mit einem gewissen Verzug negative finanzielle Auswirkungen auch auf das Land zu erwarten. Denn die dafür erforderliche Aufnahme zusätzlicher Kredite durch die EU werde zu einer höheren Zinsbelastung führen, die auch für die Bundesrepublik Deutschland, die mit ihren Beiträgen rund 25 % des EU-Haushalts trage, und in der Folge auch für das Land Baden-Württemberg eine finanzielle Belastung darstelle.

Einvernehmlich kam der Ausschuss zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/5284 zu empfehlen.

27.9.2023

Wald